EBERSBERGER UMSCHAU

Herausgeber: SPD-Ortsverein Ebersberg · Verantwortlich: Sepp Geislinger

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde!

Mai 1975

Wieder mit den Bürgern reden!

"Ja, hätte ich das gewußt, dann hätte ich mich anders verhalten!" Solche und ähnliche Redewendungen hören wir immer wieder. Um mit unseren Mitbürgern sprechen zu können, bedarf es einer stetigen Informierung.
Die sozial-liberale Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt hat gewiß bis heute viel geleistet. Dennoch stehen noch eine Menge von Gesetzesvorlagen zur Verabschiedung an.
Bestimmte Kreise machen kein Hehl daraus, sich den Sturz dieser Regierung zum Ziel gesetzt zu haben. Dies kann zwar keiner andersdenkenden politischen Organisation verwehrt werden, aber ichbezogene Interessen solcher Gruppen sollten nicht widerspruchslos hingenommen werden. Wir alle dürfen einem falschen Politisierungsbegriff nicht erliegen. Politik beginnt nicht fern ab vom engsten Bereich. Politik beginnt bereits in der Familie, geht über den Nachbarschaftskreis hinaus und betrifft uns alle. Bei der Politik geht es unter anderem vornehmlich um unsere Sicherheit, um unseren Wohlstand, um so manch erworbenes Statussymbol, das wir nicht mehr preisgeben wollen. Mit fahrlässigen Redewendungen setzen wir, oftmals ungewollt, vieles aufs Spiel.

Wir alle schwimmen in einem Boot! Keiner unserer führenden Politiker will das, was wir alle in 30igjähriger mühevoller Arbeit mit Fleiß aufgebaut haben, etwa abbauen, sondern vielmehr noch erweitern.
Um dieses Ziel kontinuierlich zu verwirklichen bedarf es des täglichen Gesprächs mit den Bürgern und den Mandatsträgern auf allen Ebenen.
Bitte, beteiligt Euch alle an diesem Dialog!

Reformen - für oder wider

Wer behauptet: "Weil es uns allen sehr gut geht und dies auch so bleiben soll, brauchen wir keine Reformen" denkt leichtfertig in den Tag hinein. Solches Denken hat mit Politik nichts zu tun.

Sobald aber solche Gedanken - natürlich in sehr viel komplizierterer, undurchsichtigerer Form - von Parteien vertreten werden, resultiert daraus sehr wohl Politik, nämlich Politik gegen die SPD, gegen Notwendigkeiten für die Zukunft.

Ganz allgemein: Welcher Zeitgenosse, denkt er überhaupt über solche Dinge nach, wird behaupten, daß sich nicht laufend etwas verändere, ja sogar verändern müsse, weil dies oder jenes nicht mehr erträglich sei, vielleicht wirtschaftlich, oder hinsichtlich der Ausbildung der Jugend oder bezüglich der Mieten, Preise, Kosten, Steuern, des Bodenrechts usw., u.s.w.

Warum werden Reformen, die der Mehrheit der Bevölkerung zugute kommen, von einen Teil in ihrer Notwendigkeit völlig oder weitgehend geleugnet?

Wir meinen: Daran können nur jene schuld sein, die mehr Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen, von Veränderungen des Miteinanderlebens in unserem technisch-industriellen System und dessen wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten haben, als sie das ihren Wählern sagen wollen, nämlich unser politischer Gegner, die CDU/CSU. Es ist schwer, zu etwas Vernünftigen eine Alternative zu finden, für etwas, das noch vernünftiger wäre. Als Alternative verbleibt diesen Leuten nur die Ablehnung des Vernünftigen!

Wir wollen versuchen, ohne schwer verständliche Wortschöpfungen, Zusammenhänge darzustellen und Argumente zu liefern, die geeignet sind, die Richtigkeit unserer Überzeugnungen verständlich zu machen.

Toni Martl

Kinderspielplatz in Nort-West und Friedhofsneubau lassen weiterhin auf sich warten.

Der Stadtrat verabschiedete am 13.5.75 sowohl den Haushalt für 1975 als auch das Investitionsprogramm für die Jahre1975 mit 1978. Das Haushaltsvolumen beträgt für 1975 - im Verwaltungshaushalt 6.807.011.-- DM und im Vermögenshaushalt 4.183.721.-- DM, somit insgesamt 10.990.732.-- DM. Gegenüber dem Vorjahr trat eine Minderung in Höhe von 4.206.427.-- DM ein, bedingt durch den Abschluß des Schulhausneubaus einerseits und andererseits einem geringeren Ansatz von zu erwartenden Realsteuereinnahmen.
Bei den Hauhaltsberatungen nahm die Frage von Gebührenerhöhugen einen breiten Raum ein. So schlugen Bürgermeister und Verwaltung eine Erhöhung der Kanalisationsgebühren auf 0,85 DM vor. Die SPD-Stadtratsfraktion konnte sich diesem Ansinnen mit Erfolg widersetzen. Übereinstimmend kam es dann zu einer Einigung auf der Basis von 0,70 DM je cbm Abwasser.
Trotz mahnender Hinweise auf die bereits kritische Belegung des Friedhofs war es der SPD-Stadtratsfraktion nicht möglich Bürgermeister und die Stadträte der CSU und UWG von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß außer den in Investitionsprogramm eingeplanten Mittel (die übrigens nur für die Restfinanzierung des erworbenen Friedhofsgeländes ausreichen) weitere zusätzliche Ansätze zur ungehenden Inangriffnahme des Friedhofneubaus erfolgen.
Ebenso steht es auch um die Errichtung eines Kinderspielplatzes in Ebersberg Nora-West.
Auf Vorschlag des Bürgermeisters hat der Stadtrat im vergangenen Jahr der Veräußerung des dortigen Kinderspielplatzes für Bauzwecke zugestimmt. Die bereits damals vorgetragene Auflage für eine solche Zustimmung, nämlich die gleichzeitige Errichtung eines Spielplatzes in unmittelbarer Nähe des alten Spielplatzes, scheint bei der Mehrheit der CSU-Fraktion - zumindest bezüglich der Dringlichkeit - in Vergessenheit geraten zu sein.
Wegen der gegenwärtig angespannten Haushaltslage werden deshalb verschiedene Bevölkerungsschichten auf die Erfüllung ihrer ebenfalls berechtigten Anliegen noch etwas warten müssen.

Ludwig Brunner

Jugendtreffpunkt

Der Ebersberger Jugendtreffpunkt, welcher von den Jugendlichen seit Januar dieses Jahres mit Erfolg in Selbstverwaltung bewirtschaftet wird, ist augenblicklich noch ohne rechtliche Konzeption. Bei einem Informationsgespräch der Bürgermeister des Landkreises Ebersberg zum Thema Jugendzentrum teilte der Bayerische Jugendring den betreffenden Gemeinden mit, daß nur größere Projekte vom Bayerischen Jugendring als förderungswürdig betrachtet werden. Deshalb kann der Kreisjugendring Ebersberg den Jugendtreffpunkt als Rechtsträger nicht übernehmen. Die Jugendlichen der Aktionsgemeinschaft Jugendzentrum versuchen deshalb nun in den nächsten Wochen gemeinsam mit H. Kreisjugendpfleger Popp eine geeignete Form der Trägerschaft zu finden. Dies ist umso wichtiger, als der Programmablauf im Jugendtreffpunkt bisher reibungslos ablief und von Seiten der Jugendlichen erweiterte Öffnungszeiten gefordert werden. Augenblicklich ist der Jugendtreffpunkt zur zweimal in der Woche für die Jugendlichen zugängig und wird an diesen Tagen durchschnittlich von jeweils ca. 70 Jugendlichen besucht.
Dies zeigt, daß sich die Investition der Stadt Ebersberg in diese Jugendeinrichtung zweifellos gelohnt hat.

Ewald Schurer

Finanzierung des Jugendtreffpunktes

Zuschuß des Bayer. Jugendrings	DM 8.000.--
Darlehen der Brauerei Grandauer	DM 4.000.--
Gemeindemittel aus 1974	DM 5.000.--
Gemeindemittel aus Nachtragshaushalt 1974	DM 7.000.--
Gesamtkosten	DM 24.000.--

Zum Nachdenken

Auszug aus der Geheimrede Strauß "Wir warten auf die große Krise"

Hier aus dem Wortprotokoll eines Referates von Franz Josef Strauß vor der CSU-Landesgruppe auf einer Klausurtagung in Ofterschwang bei Sonthofen am 19.11.1974:
"Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nehmen, als das anzuwenden, was wir als Rezept für notwendig halten."

Arkadenausbau in der Heinrich-Vogl-Straße

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wurde der o.a. Arkadenausbau vom Stadtrat beschlossen. Die Notwendigkeit dieses Ausbaues steht angesichts der besonderen Verkehrssituation in der Heinrich-Vogl-Straße außer Zweifel. Dabei muß auch von der Tatsache ausgegangen werden, daß die Bundesstraßen-Umgehung noch längere Zeit auf sich warten läßt.
Dank einer Spende von 3.000.-- DM des H. Freundl konnten die notwendigen Planungen und Vorarbeiten sofort begonnen und auch abgeschlossen werden.
Der mit der Planung beauftragte Architekt Riddermann legte einen ausgesprochen gelungenen Entwurf vor.
Die Kosten für den unmittelbaren Arkadenausbau, also ohne Ladenausbau und Platzgestaltung nördlich des Anwesens Rauch, werden gegenwärtig auf rund 266.000.-- DM geschätzt.
Hierfür sind voraussichtlich ca. 80 % staatliche Zuschüsse zu erwarten.

Sepp Geislinger

Monatliche Mitgliederversammlungen

Nach Meinung des Bundesparteivorstandes sollte in den Ortsvereinen in der Regel monatlich, mindestens jedoch vierteljährlich eine Mitgliederversammlung stattfinden.
Bei den Mitgliederversammlungen können sich unsere Parteifreunde über die Arbeit der Vorstandschaft, der Delegierten, der Mandatsträger und dem Geschehen in Partei und Kommune durch Berichte der Mandatsträger informieren. Durch Diskussionen, Anfragen, Anträge, Beschlüsse, Aufträge und Entschließungen kann dadurch auf die aktive Arbeit eingegangen werden.
Zwischen den beiden letzten Mitgliederversammlungen ist leider ein Dreivierteljahr verstrichen. Sofern künftig mehr Mitgliederversammlungen gewünscht werden, meldet Euch auf unserer nächsten Mitgliederversammlung zu Wort.

Horst Mette

Termine

1. F r ü h s c h o p p e n am Sonntag, den 1. Juni 1975 um 9.30 Uhr Gasthaus Sieghartsburg, Nebenzimmer mit dem Referenten Dr. Rolf Seebauer, MdL
2. T h e a t e r f a h r t am Freitag, den 20. Juni 1975 in das Gärtnerplatztheater zur Oper "Hoffmanns Erzählungen".

Siehe dazu beiliegende Einladungen!